

## **Erfahrungsbericht: Die APUCSM in Straßburg beim Vizepräsidenten des EU-Parlaments R. Wieland**

Am 10.3.10 war unser Besuch bei Herrn Wieland angesagt. Unsere Delegation von drei Mann, Sr. V. Menendez, Herrn Dr. W. Janzen und ich, hatte sich durch höhere Gewalt, Schneechaos, (siehe Bericht in Arena) auf meine Person reduziert, und als Verstärkung habe ich dann meine Tochter mitgenommen, denn bekanntlich hören vier Ohren mehr als zwei.

Die Einladung zu einem Gespräch war ursprünglich über Herrn Dr. W. Janzen zustande gekommen, auf Grund ausführlicher zugesandter Information über die Situation in Santa Margarita. Das Gespräch fand dann im Europaparlament in Straßburg statt, nachfolgend die wesentlichen Erkenntnisse aus dem einstündigen Gespräch.

Herr Wieland betonte nochmals die uns bekannte Tatsache, dass leider das Europäische Parlament keine direkten Befugnisse hat, in der Sache Ley de Costas etwas für uns zu tun. Santa Margarita als Einzelfall war nicht richtig bekannt. Es war deutlich zu merken, dass die Stellungnahmen der spanischen Regierung, es handele sich mehr um Einzelfälle, illegal errichtete Häuser und alles wird nur zum Wohle des Volkes und des Umweltschutzes getan, immer noch zum großen Teil geglaubt wird. Unsere Aussage, dass mehr als 100.000 davon betroffen sind löste Erstaunen aus. Dieses, obwohl der Petitionsausschuss des Europäischen Parlaments sich schon seit Jahren damit beschäftigt und die Resolution des Auken Reports von März 2009 mit seinen angedrohten Sanktionen eigentlich sehr bekannt ist.

Der Petitionsausschuss wird gerade wieder aktiv in Sachen Ley de Costas. Wohl auch ausgelöst durch die spanische Präsidentschaft, haben einige Abgeordnete den Präsidenten Zapatero im Plenum direkt konfrontiert (Andreasen und andere). Der Abgeordnete Cashmann hat z. B. einen öffentlichen Brief an den Präsidenten Zapatero gesandt. Der Petitionsausschuss ist momentan die einzige direkte Anlaufstelle, um dem Europäischen Parlament mitzuteilen, was durch die Anwendung des Gesetzes Ley de Costas in Spanien angerichtet wird.

Was tun? **Jetzt ist die Zeit, sich bemerkbar zu machen!**

Petitionen werden von den Mitglieder des Europäischen Parlaments als eine effektive Maßnahme eines Bürgers und Wählers angesehen, Themen, wie das Ley de Costas, die auch noch dazu den Umweltschutz mit beinhalten erfreuen sich besonderer Beachtung. Umweltschutz ist in! Einreichung einer Petition ist sehr einfach und ist formatiert über das Internet möglich! Achtung! Anschreiben an **MEPs**, die stark in der Öffentlichkeit stehen, erbringen in der Regel keine Reaktion.

Der **effektivste** politische Druck wird erzeugt, wenn die Betroffenen Ihre regionalen Abgeordneten direkt anschreiben und um Unterstützung bitten. Namen und Adressen übers Internet Europa Parl.. Hier sind deutlich die britischen Europäer aktiver, die Deutschen weniger.

Gleichzeitiges Anschreiben von vielen an viele erhöht den Druck und die Reaktionen.

Es wird geraten, sich generell zu organisieren, also auch überregional, nach dem Motto viele Stimmen, viel Krach, viel Aktivitäten, viel Beachtung, ergibt viel Reaktion!

Vertrag von Lissabon (ein Zeichen der Hoffnung?):

Spanien hat durch den Vertrag die Rechtssprechung des Europäischen Gerichtshofes der Menschenrechte anerkannt! Der Paragraph 17 regelt die Eigentumsrechte in einfacher klarer Sprache und ist mit der Spanischen Konstitution nicht vereinbar. Die Ausführungsbestimmungen werden momentan verhandelt.

Hier bietet sich die Gelegenheit, unsere gewählten Vertreter anzuschreiben mit dem Hinweis keine Ausnahmeregelungen der Nationalstaaten zuzulassen (wie beim Beitritt von Spanien zur EU)!

Auf, Betroffene und Geschädigte, schreiben wir an unsere gewählten Abgeordneten!

Konrad Ringle